

Uni in der Kritik: Containerdorf auf Unigelände geplant

Artikel über Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem. Erfahren Sie, warum die Freie Universität Widerstand leistet und die woke Fassade ins Wanken gerät. #Flüchtlingsunterkunft #Proteste #UniKonflikt

Das Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem soll bald zu einem Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgestaltet werden, was zu Protesten geführt hat. Die Freie Universität (FU) zeigt sich unzufrieden mit den Senatsplänen, da sie das Gelände für eigene Bauprojekte vorgesehen hatte. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, kritisiert, dass die Hochschulleitung nicht in die Pläne einbezogen wurde und sich übergangen fühlt. Trotzdem ist die Universität grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen zu unterstützen.

Die FU hat in der Vergangenheit bereits Notunterkünfte für Geflüchtete bereitgestellt, jedoch darauf hingewiesen, dass das Gelände ab 2023 für eigene Baumaßnahmen benötigt wird. Die Universität schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Alternative zu nutzen. Der Flüchtlingskoordinator des Senats, Albrecht Broemme, betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem brachliegenden Uni-Gelände bis zum Baubeginn des geplanten Gebäudes eine sinnvolle Lösung wäre.

Ende März hat der Senat beschlossen, 16 weitere Containerdörfer zur Unterbringung von Flüchtlingen zu errichten. Obwohl weitere Standorte in verschiedenen Bezirken geplant sind, haben einige Bereiche wie Reinickendorf, Marzahn-

Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg keine Containerdörfer erhalten. Der geplante Standort in Steglitz-Zehlendorf sorgt für Kontroversen und Kritik, besonders an der FU, die für ihre vermeintliche Weltoffenheit und Toleranz bekannt ist.

Die Proteste und Diskussionen im Netz über die Entscheidung der FU, das Unigelände nicht für Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung zu stellen, reflektieren die Diskrepanz zwischen idealistischen Bekenntnissen und konkretem Handeln. Einige Nutzerinnen und Nutzer kritisieren die Universität dafür, dass sie Platz für diverse Veranstaltungen bietet, aber keine Unterstützung bei der Flüchtlingsunterbringung zeigt. Die Debatte verdeutlicht, wie schnell scheinbar progressive Fassaden ins Wanken geraten können, wenn es um praktische Entscheidungen geht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de